



---

## ANTWORTEN AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE VOM BUNDESVERBAND INNOVATIVE BILDUNGSPROGRAMME ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

---

### 1. DEMOKRATIE UND TEILHABE

#### **BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN:**

Bildung soll vielfältige Möglichkeiten bieten. Dazu gehört auch, an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Wir setzen uns deshalb für die Stärkung von demokratisch organisierten Schulen ein. Schulen, an denen junge Menschen fürs Leben lernen und die auf eine gute Zukunft vorbereiten, müssen selbst Orte der Zukunft sein.

#### **CDU/CSU:**

Mit Blick auf aktuelle Herausforderungen – wie eine zunehmend heterogene Gesellschaft oder eine mögliche Hinwendung Jugendlicher zu extremistischen Orientierungen – wollen CDU und CSU, dass die Schülerinnen und Schüler die Wertschätzung für demokratische Wertorientierungen und eine aktive Partizipation bereits in der Schule erfahren. Daher begrüßen wir es, wenn es an den Schulen vielfältige Beteiligungsangebote, zum Beispiel demokratische Gremien wie einen Klassenrat, ein Schülerparlament oder projektorientierte Arbeitsgruppen gibt, die sich aktiv in das Schulleben einbringen. Darüber hinaus ist es Aufgabe der zuständigen Länder zu prüfen, inwieweit partizipationsfördernde Lernziele und Themen in die Curricula eingebaut werden können. Außerdem sollte Politische Bildung nicht nur in Gemeinschaftskunde oder Sozialkunde Thema sein, sondern fächerübergreifend eine Rolle spielen.

## DIE LINKE:

Schule in Deutschland ist ein hierarchisches System, das von der Schulpflicht einerseits und starren Regeln andererseits geprägt wird. Darin bleibt oft wenig Raum für eine demokratische Gestaltung der Bildungsprozesse. Das Erlernen demokratischer Regeln und demokratischen Verhaltens, das für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar ist, erfolgt am leichtesten und besonders nachhaltig dann, wenn man es im täglichen Leben übt. Darum ist es so wichtig, dass Bildungsprozesse demokratische Mitwirkung und Mitentscheidung ermöglichen und nicht verhindern. Das bezieht sich sowohl auf den freien Zugang zu allen Bildungsangeboten und Bildungswegen, auf die Auswahl des zu Lernenden und auf die Gestaltung der Bildungsprozesse selbst. DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle an Bildung Beteiligten Mitsprachemöglichkeiten haben sollen: Lernende, aber auch Eltern, Lehrende, pädagogisches Fachpersonal und auch technische sowie Verwaltungskräfte, die in Schulen und Bildungseinrichtungen tätig sind. Sie alle sollen nach Maßgabe ihrer besonderen Verantwortung an der konkreten Gestaltung des schulischen Lebens beteiligt sein. Wege, solche demokratischen Entscheidungsprozesse möglich zu machen, sind die paritätische Zusammensetzung von Konferenzen, die Wählbarkeit von Schulleitungen, die Mitsprache bei der Stoffauswahl im Rahmen der für alle geltenden Bildungsstandards, die offene Arbeit in Lernprozessen, zum Beispiel durch Wochenplanarbeit u.ä., die Einbeziehung von demokratisch gewählten Vertretungen der Lernenden, der Lehrenden und der Eltern. Schülervertretungen sollen ein allgemeines politisches Mandat haben und sich zu allen gesellschaftlich relevanten Fragen äußern dürfen. Sie müssen finanziell und organisatorisch in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachgehen zu können. Schulträger sind von den Ländern auch bei inhaltlichen Veränderungen der Bildungslandschaften stärker zu hören und in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

## FDP:

Für uns Freie Demokraten ist die Schule ein Ort, an dem nicht nur Wissen vermittelt werden soll, sondern auch Werte wie Toleranz, Offenheit und Respekt vor anderen. Wir fordern ein Schul- und Bildungssystem, das gleiche Zugangschancen für alle eröffnet, Diskriminierung verhindert und Neutralität wahrt. Wir sind davon überzeugt, dass das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Anlagen ein Gewinn für alle Beteiligten sein kann. Aus diesem Grund setzen wir uns für gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne besonderen Förderungsbedarf ein. Zudem fordern wir ein sofortiges Teilnahmerecht für Flüchtlingskinder am Schulunterricht. Denn Bildung ist der Grundstein zu einer gelungenen Integration. Kinder und Jugendliche sollen schon früh merken, wie positiv Vielfältigkeit und Diversität sich auf das Leben und Lernen auswirken können.

## SPD:

Auch für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Schule ein Ort der Bildung, der Wertevermittlung und Lernort für lebendige Demokratie. Wir wollen mit unserer Bildungspolitik dazu beitragen, jungen Menschen einen differenzierten Blick auf das eigene Leben sowie die sozialen, politischen, ökologischen, kulturellen und ökonomischen Zusammenhänge unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Damit dies gelingt, braucht es Zeit. Wir wollen Eltern, Kindern und Jugendlichen wie den

Lehrkräften den Druck nehmen und ihnen mehr Zeit und Raum für gute Bildung, aktive Freizeit und soziales Miteinander verschaffen. Das gelingt aus unserer Sicht am besten in guten Ganztagschulen. Deshalb wollen wir schrittweise allen Eltern und Kindern das Recht auf einen Platz in einer Ganztagschule geben. In einem ersten Schritt soll dieses Recht in den nächsten vier Jahren in der Grundschule umgesetzt werden. Dafür brauchen wir mindestens 1 Million zusätzlicher Plätze in Ganztagschulen. Eine einseitige Konzentration nur auf Betreuungsangebote am Nachmittag – wie sie bei CDU und CSU zu beobachten ist – wird den Herausforderungen auch mit Blick auf Demokratie und Teilhabe nicht gerecht. Gute Ganztagschulen müssen sich zudem gegenüber Partnern außerhalb der Schule öffnen und Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der Angebote beteiligen. Dennoch gilt, auch an Ganztagschulen brauchen Jugendliche zeitliche Freiräume.

Aber auch außerhalb von Schule sollen junge Menschen demokratisch mitentscheiden können. Wir wollen deshalb das Wahlalter bei Bundestagswahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre absenken. So ermöglichen wir jungen Menschen, sich früher politisch zu beteiligen. Und damit motivieren wir sie zugleich, sich für ihre Interessen und für ihre Rechte stärker zu engagieren. Denn ihre Stimme zählt. Die politische Bildung für Jugendliche werden wir ausbauen – vor allem über die Bundeszentrale für politische Bildung ebenso wie durch politische Jugendverbände, freie Träger und andere politische Bildungsangebote. Wir wollen aber auch darüber hinaus die Rahmenbedingungen für das soziale und politische Engagement junger Menschen verbessern, etwa indem wir dieses bei der BAföG-Förderung stärker berücksichtigen. Mit einem gesetzlich verankerten „Jugend-Check“ werden wir zudem künftig alle politischen Maßnahmen auf ihre konkrete Wirkung für junge Menschen überprüfen.

## 2. INKLUSION UND ANSCHLUSSFÄHIGKEIT

### BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN:

Schulen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen: inklusiver Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, längeres gemeinsames Lernen, digitale und kulturelle Bildung, Willkommensklassen oder auch Schulsozialarbeit.

Der Bund sollte seine neuen Möglichkeiten, finanzschwache Kommunen im Bildungsbereich zu unterstützen, nun rasch nutzen und ein Förderprogramm zur Sanierung von maroden Schulen auflegen, das auch die baulichen Grundlagen für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen legt und das an eine umfassende Beteiligung sowie an ein Konzept für eine moderne, zeitgemäße pädagogische Architektur geknüpft wird. Auch um einen Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens umsetzen zu können. Denn in unseren Schulen gelingt es zu selten, ungleiche Startchancen auszugleichen. Dafür werden wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereitstellen und so 10.000 Schulen fit für die Zukunft machen. Damit Schulen den Kindern Chancen eröffnen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, und auch jene fordern, die viel leisten können.

Diese schmale Öffnung der Verfassung war ein erster Schritt. Wir streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben. Bund und Länder müssen ihre gemeinsame Verantwortung auch gemeinsam übernehmen können. Wir wollen auch vergleichbare Schulabschlüsse in ganz Deutschland erreichen. Dafür muss der Bildungsföderalismus entkrustet werden.

Wir schlagen den Ländern eine gemeinsame Bildungsoffensive vor. Denn die Qualität in Kita und Schule ist entscheidend. Gute inklusive Bildung setzt nicht nur eine intakte Bildungsinfrastruktur voraus, sondern auch gut ausgebildetes Personal in Schulen. Deshalb wollen wir mit einem Bundesprogramm Schulen in benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen mit mehr pädagogischem Personal und mehr Mitteln ausstatten. Dann wäre es auch möglich, den dringend nötigen Ausbau der Ganztagsbetreuung finanziell zu unterstützen.

### CDU/CSU:

Im Mittelpunkt jeder schulischen Arbeit steht das Wohl des einzelnen Kindes, das während seiner Schullaufbahn individuelle Beschulung, Förderung, Begleitung und Unterstützung auf dem Weg zu einer möglichst selbstständigen Teilhabe an der Gesellschaft erfährt. Da-zu halten CDU und CSU am Prinzip der Wahlfreiheit fest: Die Eltern sollen aus den vielfältigen Angeboten wählen und über den bestmöglichen Bildungsweg für ihr Kind entscheiden können. Dies kann die Beschulung in der Regelschule sein, aber auch eine Förderschule, eine Förderklasse oder eine andere besondere Fördermaßnahme. Unser Ziel ist eine pädagogisch orientierte Wahl zwischen den Lernorten in Abhängigkeit vom Kindeswohl und dem Elternwillen. Zugleich halten wir am Ziel des Dresdner Bildungsgipfels fest, die Zahl der Schulabbrecher weiter zu reduzieren.

Umfragen belegen, dass sich 70 Prozent der Eltern in Deutschland Ganztagsschulplätze wünschen. Insbesondere die offene Ganztagsschule oder die Hortbetreuung bieten Eltern die Freiheit, selbst über den Umfang ihrer beruflichen Tätigkeit und die Zeit mit der Familie zu entscheiden. Daher wird es in den kommenden Jahren verstärkt darum gehen, die freiwillige, aber verlässliche Ganztagsbetreuung für Schulkinder bedarfsgerecht – auch in den Schulferien – auszubauen. Durch einen neuen Rechtsanspruch auf eine bedarfsgerechte Betreuung im Grundschulalter schaffen wir bereits in der nächsten Wahlperiode eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass dieser wichtige Bildungsabschnitt für möglichst viele Kinder erfolgreich verläuft – auch für diejenigen aus bildungsferneren Schichten.

### DIE LINKE:

Eine zukunftsfähige Schule muss immer eine inklusive Schule für alle sein. Das fordert nicht nur die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, es ist eine grundlegende Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Für die Schule heißt das: es müssen auch Beratungssysteme für unterschiedliche Förderbedarfe in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Wir treten darum für die bundesweite Schaffung von Schulformen ein, in denen nicht nach besonderen Bildungsgängen getrennt wird. Solche Schulformen sind für uns integrierte Gesamt- und ganztägige Gemeinschaftsschulen, die jeweils auch den Weg zum Abitur beinhalten oder wenigstens ohne Umwege öffnen. Solche Schulen ermöglichen die Mobilität, die heute vielen Familien abverlangt wird,

ohne den Bildungserfolg der eigenen Kinder zu gefährden oder zu erschweren. Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Daher müssen aus unserer Sicht Bund, Länder und Kommunen dafür ein Investitionsprogramm „inklusive Bildung“ auflegen, um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und auszustatten. Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in einer Regelschule gehört in jedes Schulgesetz. Alle Schulen müssen über barrierefreie Zugänge für alle Kinder verfügen, die nicht nur auf die baulichen Voraussetzungen beschränkt werden dürfen. Sie müssen über eine adäquate Ausstattung und Qualifizierung an Personal, Assistenzleistungen, Lehr- und Lernmitteln sowie sonstigen Hilfsmitteln für jedes Kind verfügen. Wir wollen ein Zwei-Lehrerinnen- bzw. Zwei-Lehrer-System umsetzen als eine der Rahmenbedingungen, mit der wir Förderschulen überflüssig machen. Inklusion darf nicht davon abhängig gemacht werden, wie viel sie kostet. Wir fordern daher Investitionen in die Bildung in einer Höhe von 58 Mrd. Euro.

### FDP:

Für uns Freie Demokraten müssen auch Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf oder Einschränkungen die bestmögliche Bildung und Förderung erhalten. Denn der Anspruch auf die weltbeste Bildung gilt nicht nur für die Leistungsstarken. In diesem Sinne ist aus unserer Sicht auch die UNO-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung zu verstehen: Das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen und nicht allgemeine gesellschaftliche Vorgaben. Auf das einzelne Kind kommt es an. Das Ziel, Kinder mit Förderbedarf weitgehend in Regelschulen zu integrieren, ist richtig und wird seit Jahrzehnten in Deutschland verfolgt. Das radikale Verständnis einer kompromisslosen Inklusion, wie es vielfach gefordert und betrieben wird, nimmt aber weder auf den Förderbedarf des Einzelnen noch auf die Integrationsfähigkeit von Regelklassen Rücksicht. Wir setzen uns daher für das sogenannte Zweisäulen-Modell ein, wonach inklusive Unterricht in Regelschulen neben den Möglichkeiten der Förderschulen bestehen. Die völlige Schließung von Förderschulen, in denen Kinder passend zu ihrem Bedarf gefördert werden, ist ein Fehler, da dies oft nicht dem Kindeswohl dient und immer wieder auch gegen den Elternwillen vorgenommen wird. Gemeinsamer Unterricht soll bestmögliche Förderung aller Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Wir fordern daher für eine bestmögliche Gestaltung des gemeinsamen Unterrichts verbindliche Basisstandards. Kann diesen Basisstandards zum Beispiel durch fehlendes Fachpersonal oder mangelnde Ausstattung nicht entsprochen werden, dürfen an diesen Schulstandorten keine inklusiven Lerngruppen gebildet werden.

Wir Freie Demokraten fordern eine umfassende Sprachförderung der Kinder vor der Einschulung. Sprache ist das zentrale Mittel, um sich am sozialen Leben und am Unterricht beteiligen zu können. Alle Kinder mit Sprachdefiziten müssen noch vor der Einschulung die Möglichkeit zum Beherrschen der deutschen Sprache erhalten. Nur so ist ein erfolgreicher und gleichberechtigter Start ins Schulleben möglich.

Jeder soll das Modell - egal ob gebundene Ganztagschule, offene Ganztagschule oder Halbtagschule - wählen können, das am besten zu seinem Leben passt. Deshalb stehen wir für einen bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung.

Die Problematik der Schulabbrüche muss durch eine bestmögliche individuelle Unterstützung entgegengewirkt werden. Dies erfordert zusätzliche Zeitressourcen für die Schulen, etwa für Gespräche, auch mit den Eltern, aber auch multiprofessionelle Teams, etwa zur unterstützenden Schulsozialarbeit, die frühzeitig bei sich anbahnenden Problemen oder z.B. bei Schulabsentismus interveniert. Es geht insbesondere darum, frühzeitig bei persönlichen oder familiären Problemlagen unterstützend eingreifen zu können.

#### SPD:

Für die nächste Generation soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen, mit unterschiedlichen regionalen, kulturellen und sozialen Hintergründen und Erfahrungen selbstverständlich sein. In diesem Sinne muss eine menschliche Gesellschaft auch eine inklusive Gesellschaft sein. Ein solches inklusive Leben muss von Anfang an gelernt werden und erlebbar sein; von der Kita über die Grundschulen und weiterführenden Schulen bis zu weiteren Bildungseinrichtungen. Wir unterstützen inklusive Bildung entlang der gesamten Bildungsbiographie. Insbesondere auch dadurch, dass wir die notwendigen räumlichen, technischen und personellen Ressourcen verbessern.

Für uns ist eindeutig: Gute Ganztagsangebote geben mehr Zeit und Raum für gute Bildung, aktive Freizeit und soziales Miteinander. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Ländern den flächendeckenden Ausbau solcher guten Ganztagsangebote vorantreiben. Die Vielfalt in unseren Schulklassen wächst. Sowohl in der Vorbildung als auch in den sozialen und kulturellen Voraussetzungen werden die Unterschiede immer größer. Wir brauchen zusätzliches Fachpersonal und multiprofessionelle Teams, durch die Schülerinnen und Schüler noch individueller gefördert und Eltern noch umfassender unterstützt werden können. Sie helfen auch die inklusive Bildung besser umzusetzen. Als Angebot des Bundes wollen wir den Ausbau der schulischen Sozial- und Jugendarbeit zunächst an Brennpunktschulen, später flächendeckend verbessern.

Die aktive Gestaltung des Übergangs zwischen Schule, Ausbildung und Beruf ist entscheidend für den Einstieg in das Berufsleben. Dazu wollen wir die Studien- und Berufsorientierung an allen Schulen ausbauen und die erfolgreiche Idee der Jugendberufsagenturen flächendeckend etablieren. Nach diesem Vorbild soll auch die Zusammenarbeit aller für die berufliche Ausbildung zuständigen Stellen verbessert werden. Das bisherige Übergangssystem muss zu einem echten Einstiegssystem weiterentwickelt werden. Es muss effektiv darauf ausgerichtet werden, eine vollwertige Berufsausbildung zu erreichen. Wir können die Lebensentscheidungen junger Menschen nicht vorwegnehmen, sie müssen und sollen ihren Entscheidungen selbst treffen. Aufgabe der Politik ist es beste Rahmenbedingungen zu schaffen und Chancengleichheit zu garantieren. Wir brauchen den Meister wie den Master, die Architektin wie den Elektriker, den Erzieher wie die Ärztin. Wir wollen echte Durchlässigkeit in alle Richtungen und dafür sorgen, dass Lebens- und Berufsentscheidungen auch noch einmal überdacht werden können. Wer den Meister hat, soll auch den Master machen können.

Insgesamt gilt es, gerade auch durch ein kohärentes System der Aus- und Weiterbildungsfinanzierung für Chancengleichheit und Anschlussfähigkeit zu sorgen und Brüche in der Bildungsbiographie zu

verhindern. Unser Ziel ist es deshalb, die bestehenden Instrumente entsprechend weiterzuentwickeln und sie mittelfristig unter ein gemeinsames Dach „BAföG-Plus“ zu stellen. In diesem Sinne wollen wir auch ein neues Arbeitslosengeld Q für die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen und das persönliche Chancenkonto umsetzen.

### 3. KOMPETENZEN DER ZUKUNFT

#### BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN:

Die dafür notwendige Debatte wollen wir dadurch anstoßen, dass wir zunächst mit einer breiten gesellschaftlichen und politischen Mehrheit das Kooperationsverbot komplett aufheben. Dann wollen wir eine gemeinsam Bildungsoffensive von Bund, Ländern und Gemeinden anstoßen. Nur dann kann über die Sektoren hinweg die notwendige Debatte über das Lernen und die Kompetenzorientierung stattfinden. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sollte nach unserer Auffassung im Rahmen der Überarbeitung der Qualitätsoffensive Lehrerbildung stattfinden. Während viele andere Wissenschaftspakte im Laufe der nächsten Legislaturperiode auslaufen, wird sie 2019 in die zweite Runde gehen. Dann müssen überarbeitete Anforderungen eingearbeitet werden, um der Modernisierung der Aus-, Fort- und Weiterbildung für Anliegen wie Inklusion, Digitalisierung und Integration weitere wichtige Impulse zu geben.

#### CDU/CSU:

CDU und CSU sind Garanten für gute Bildung und Ausbildung. Alle Kinder in Deutschland sollen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Bildungsstand der Eltern die beste verfügbare Bildung und Ausbildung erhalten. Nur dann können sie aus ihrem Leben das Beste machen. Schulbildung ist nach der Ordnung des Grundgesetzes Ländersache und wird es bleiben. Dies gilt umso mehr für die inhaltliche Verantwortung der schulischen Bildung. Um die Lehrkräfte besser auf ihre Aufgabe vorzubereiten, fördern Bund und Länder beispielsweise mit der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ in einem wettbewerbsorientierten Verfahren Projekte, die u. a. die Lehrerbildung in Bezug auf die Anforderungen der Heterogenität und Inklusion fortentwickeln. Dieses Programm werden wir bis zum Jahr 2023 fortführen.

#### DIE LINKE:

Die allgemeinbildende Schule soll aus unserer Sicht allseitige Bildung bieten, die auf die ganze Persönlichkeit gerichtet ist. Allgemeine, auf die Ausprägung aller Seiten der Persönlichkeit gerichtete Bildung befähigt Menschen, sich selbstständig und selbstbewusst mit der Gesellschaft auseinander zu setzen und sich in ihr zurechtzufinden. Zu moderner Bildung gehört auch die sichere Beherrschung der digitalen Kulturtechniken und die Fähigkeit, sich sicher und kritisch im Internet und in kommunikativen Netzwerken zu bewegen. Wir wollen keine vordergründige Ausrichtung des an der Schule zu Lernenden auf die spätere Verwertung am Arbeitsmarkt. Zu einer modernen Bildung gehören für uns zudem polytechnische Bildung und die Förderung von Kreativität als durchgängige Bestandteile allgemeiner

Bildung gleichermaßen. Polytechnische Bildung beschränkt sich hierbei nicht auf Berufsorientierung. Sie soll vielmehr dazu beitragen, dass das in der Schule zu Lernende möglichst konkret an der Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen anknüpft, Lerninhalte aus unterschiedlichen Fächern zusammenführt und mit Erfahrungen aus der Arbeitswelt verbindet. Polytechnische Bildung in unserem Verständnis soll über moderne Produktionsprozesse und über ökonomische Zusammenhänge informieren sowie die Fähigkeit entwickeln, solche Prozesse kritisch zu begleiten und zu gestalten. Sie soll außerdem dabei helfen eigene Interessen zu erkunden und exemplarisch Erfahrungen zu sammeln. Daneben bildet die Berufsorientierung eine immanente Querschnittsaufgabe in allen Schulen und für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig davon, welchen Abschluss sie anstreben oder erreichen werden. Die kreativen Fächer und musische Bildung haben einen wichtigen Einfluss auf die Ausprägung der ganzen Persönlichkeit, auf ihre individuellen Stärken. Die Entwicklung von Kreativität ist nicht auf die musischen Fächer beschränkt, wenngleich ihnen ein besonderer Anteil dabei zufällt. Kreativität ist nicht nur von großer Bedeutung für die Stärkung der Persönlichkeit für die Bereicherung des eigenen Lebens, bietet Erfüllung, Entspannung, Freude und auch Genuss, sie ist auch von großer gesellschaftlicher Relevanz. Kreativität befähigt zur Innovation. Kreative Menschen sind besser vorbereitet, ihr eigenes Leben erfolgreich zu meistern, sie werden aber auch in der Gesellschaft gebraucht für die Lösung komplizierter wirtschaftlicher, technologischer, sozialer, ökologischer und anderer Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der Gesellschaft.

#### FDP:

Bildung erlaubt es den Menschen, ihren individuellen Lebensweg frei und selbstbestimmt zu gehen - sie ist damit wichtigste Ressource in der Welt von heute. Die Digitalisierung eröffnet großartige Möglichkeiten im Bereich der Bildung, insbesondere für individuelles Lernen gemäß den eigenen Bedürfnissen und Talenten, für neue pädagogische Methoden und Formate, die zu den unterschiedlichsten Bedürfnissen und Lebensentwürfen passen, und für eine neue Qualität von Bildung. Wir begrüßen, dass die Kultusministerkonferenz ihre länderübergreifende Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ vorgelegt hat, und treten mit Nachdruck für ihre Umsetzung ein.

Insbesondere setzen wir uns dafür ein, Kinder und Jugendliche stärker für technische und mathematische Fächer zu begeistern. In Deutschland haben wir jetzt schon einen Fachkräftemangel, den der demografische Wandel noch verstärken wird. Der Ingenieursnation Deutschland droht der Nachwuchs an Tüftlern und Erfindern auszugehen. Für eine spätere Berufswahl sind ein frühes Interesse und eine anschauliche Erklärung ausschlaggebend. Für die Schulen ist eine sehr gute fachliche Ausbildung der Lehrkräfte sowie Unterricht in den verschiedenen naturwissenschaftlichen Fächern durch Fachpersonal wichtig. Die Kooperation mit außerschulischen Partnern wollen wir ausdrücklich fördern und unterstützen.

Weltbeste Bildung für jeden funktioniert nur mit den weltbesten Lehrerinnen und Lehrern. Dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Nur dann werden sich die Besten der Herausforderung des Lehrerberufs stellen. Wir müssen daher alle Anstrengungen unternehmen, um die Lehrkräfte fit für die Vermittlung digitaler Kompetenzen zu machen. Die Länder sollen sich in einem



Staatsvertrag verpflichten, ihr Lehrpersonal in den nächsten Jahren mittels einer Fortbildungsoffensive dahingehend weiterzubilden, dass die Infrastruktur auch tatsächlich eingesetzt und genutzt wird. Denn entscheidend für gute Bildung ist auch in Zukunft die Lehrkraft. Alle Studien zeigen: Zentral sind und bleiben die Lehrerinnen und Lehrer. Kein Computer kann sie ersetzen. Daher müssen wir Maßnahmen ergreifen, um auch wieder die Besten der Besten, die Geeignetsten und Fähigsten als Lehrkräfte für unsere Bildungseinrichtungen zu gewinnen sowie zeitgemäße Aus-, Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen. Und auch für die Lehrkräfte muss eine zeitgemäße digitale Infrastruktur in Bildungseinrichtungen gewährleistet sein. Wir müssen unseren Teil dazu beitragen, damit Lehrkräfte ein Leben lang motiviert jede Schülerin und jeden Schüler bestmöglich fördern und fordern können. Dies gelingt nur, wenn die Lehrerinnen und Lehrer selbst die Bereitschaft zeigen, sich permanent den neuen Herausforderungen der Digitalisierung zu stellen und dabei nachhaltig unterstützt werden.

### SPD:

Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehört auch eine nachhaltige Bildung. Dabei darf es immer weniger um die Vermittlung eines Wissenskanons gehen. Angesichts einer Wissensgesellschaft im Wandel ist es notwendig, dass junge Menschen zukunftsfähige Kompetenzen entwickeln können und dazu befähigt und motiviert werden, ein Leben lang weiter zu lernen. Jungen Menschen einen differenzierten Blick auf das eigene Leben sowie die sozialen, politischen, ökologischen, kulturellen und ökonomischen Zusammenhänge unserer Gesellschaft zu ermöglichen und entsprechende Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln, das ist wie bereits beschrieben, Ziel unserer Bildungspolitik. Dabei ist für uns vor allem Chancengleichheit von entscheidender Bedeutung: Nicht Herkunft oder Geldbeutel der Eltern, sondern Leistung und Talent müssen über Bildungserfolge entscheiden. Um diese Talente zu entdecken, zu entfalten und zu stärken kommt es nicht nur auf die strukturellen und baulichen Rahmenbedingungen guter Bildung an, sondern in besonderer Weise auch auf die Qualität und die Inhalte der Angebote.

Um die Qualität des Unterrichts zu verbessern, wollen wir den Austausch von guten Konzepten fördern und dies durch begleitende Bildungsforschung unterstützen. Schule braucht gutes Lern- und Lehrmaterial, das die Lebensrealität und die Vielfalt von Lebensmodellen altersgerecht abbildet. Neue Erkenntnisse über erfolgreiche Lern- und Unterrichtskonzepte müssen für Schulen schneller nutzbar gemacht werden. Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte wollen wir entsprechend weiterentwickeln, denn Lehrerinnen und Lehrer müssen sich immer wieder auf neue Herausforderungen einstellen – auf die kulturelle Vielfalt und die Vielfalt von Lebensmodellen an ihrer Schule, auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, auf ganztägigen Unterricht oder auf neue Entwicklungen in der digitalen Bildung. Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

Abweichende Lehrpläne und Materialien erschweren oft den Umzug von einem Bundesland ins andere, zudem ist die Qualität der Bildungsabschlüsse oft unterschiedlich. Die Länder haben erste Schritte eingeleitet und z.B. gemeinsame Bildungsstandards entwickelt oder gemeinsame Aufgabenpools geschaffen. Wir wollen weitere Schritte gehen und streben eine bessere Balance zwischen ländereigenen und länderübergreifenden Standards an. Unser Ziel ist es, Schritt für Schritt in allen

Ländern die Leistungsmaßstäbe und Lernanforderungen auf einem hohen Standard deutlich einander anzunähern. Im Ergebnis unterstützt das auch gleich schwere Prüfungsaufgaben. Das würde die Transparenz erhöhen und stärkt auch die Akzeptanz unseres Bildungsföderalismus.

## 4. ANSCHLUSS ANS DIGITALE ZEITALTER

### BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN:

Unser Leben wird immer stärker durch Software, Algorithmen und digitale Endgeräte geprägt. Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen wird so auch immer mehr davon abhängig, ob wir digital mündig sind und welche digitalen Kompetenzen wir haben. Dies stellt eine enorme Herausforderung für unser gesamtes Bildungssystem dar. Die Kulturtechniken der Digitalisierung – vom Programmieren bis zum kritischen Umgang mit digitalen Geräten und Prozessen – soll allen Schülerinnen und Schülern vermittelt werden. Didaktische Konzepte und Modellerfahrungen dazu liegen bereits vor; wir wollen uns dafür einsetzen, diese endlich in den Regelbetrieb zu übertragen. Dafür sollen in einer gemeinsamen Anstrengung mit allen Bundesländern Basiskompetenzen im Bereich Informatik, Medienanwendung und kritischer Medienkunde als weiterer Baustein naturwissenschaftlicher Bildung verbindlich eingebracht werden.

### CDU/CSU:

In den nächsten Jahren werden CDU und CSU vor allem einen Schwerpunkt darauf legen, die Schulen fit für die Digitalisierung zu machen. Mit einem „Digitalpakt Schule“ werden wir dafür sorgen, dass unsere allgemeinbildenden und beruflichen Schulen über die erforderliche Ausstattung verfügen, um die jungen Menschen auf ihr Berufsleben im digitalen Zeitalter vorzubereiten. Dazu wollen wir sicherstellen, dass bundesweit alle Schulen an das schnelle Internet angebunden sind. Daher werden wir die Schaffung einer innovativen neuen Bildungs-Cloud fördern, mit der wir über Deutschland hinaus neue Maßstäbe setzen werden. Zugleich werden wir die Länder dabei unterstützen, durch Weiterbildung der Lehrkräfte die digitalen und medialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler möglichst umfassend zu entwickeln.

### DIE LINKE:

Die Digitalisierung bietet die Chance, vielen Menschen einen schnellen Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern muss durchgesetzt werden. Wir wollen stärker Kompetenzen im Bereich Medien und Information vermitteln. Ein selbstbestimmter und kritischer Umgang mit digitalen Technologien und dem Internet sind mit Bildung verbunden. Der Ausbau der IT muss einhergehen mit der Ausbildung und mit Fortbildungsangeboten für Lehramtsstudierende und die aktiven Lehrkräfte. Digitale Medien dürfen nicht zum Einfallstor für Privatisierung der Bildung durch private kommerzielle Anbieter, Unternehmen oder Verlage sein. In Bildungseinrichtungen eingesetzte Software sollte Freie Software sein, die Hardware sollte nach Möglichkeit offen spezifiziert sein. Wir wollen, dass jedes Kind ein mobiles Endgerät als Teil der

Bildungsausstattung zur Verfügung hat und frühzeitig und regelmäßig mit den Prinzipien der digitalen Technologien (etwa Funktionsweise von Speichern, Sensoren, Programmierkenntnissen) vertraut gemacht wird. Deshalb brauchen Schulen kostenlose Leihgeräte für alle, die sich selbst keines leisten können. Die IT-Infrastruktur an Schulen muss durch Fachpersonal betreut werden. Entsprechende Planstellen sollen kurz- und mittelfristig geschaffen werden. Die IT-Infrastruktur aller Schulen und Hochschulen muss mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, WLAN für alle und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung ausgebaut werden.

#### FDP:

Wir Freie Demokraten wollen in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätzlich insgesamt 1.000 Euro für Technik und Modernisierung investieren. Neue Technologien und Methoden bieten Raum für Kreativität und Neugier und werden immer wichtiger für spätere Berufe. Um diese Chancen zu nutzen, brauchen Kinder Anleitung in Schulen mit entsprechender Ausstattung. Die technische Aufrüstung unserer Schulen erfordert eine finanzielle Kraftanstrengung. Deshalb streben wir Freie Demokraten einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern an, der den Ausbau der digitalen Infrastruktur regelt. Dafür sollen Anreize für die kommunalen Träger der Schulen geschaffen werden, um durch den Ausbau digitaler Infrastrukturen die Integration der digitalen Bildung voranzutreiben.

Wir Freie Demokraten fordern einen Fokus auf Medienkompetenz in den Bildungsstandards. Dank der digitalen Revolution hat man ganze Bibliotheken jederzeit zur Hand. Doch Informationen werden nicht durch Suchmaschinen zu Wissen und die vielen digitalen Kanäle können auch schnell zu Überforderung führen. Im digitalen Zeitalter sind Nachrichten immer, überall und sofort verfügbar. Menschen müssen lernen, sich daraus eine sachkundige eigene Meinung zu bilden. Das fußt auf der Befähigung, auf der Basis fundierten Fachwissens aus der Informationsflut die Spreu vom Weizen trennen und Quellen kritisch hinterfragen zu können. Dazu gehört von Kindesbeinen an die Vermittlung von Medien- und Methodenkompetenz. Hier hinein gehört auch das Verständnis von der Funktionsweise informationstechnischer Systeme, künstlicher Intelligenz und Computersprache. Dementsprechend sollen auch in Prüfungen künftig moderne Konzepte wie „Open Book Tests“ oder internetfähige Geräte zum Einsatz kommen dürfen. Lehrerinnen und Lehrer sollen im Bereich Medienkompetenz verpflichtend weitergebildet werden. Ob bei neuen Technologien, Internationalität oder Praxiserfahrung – wir wollen den Horizont der Lehrkräfte erweitern. Dabei dürfen Lehrkräfte keine digitalen Amateure sein, sondern müssen den Kindern Lust an Fortschritt und Technik vermitteln können. Die Länder werden dafür in die Pflicht genommen, die digitale Bildung als festen Bestandteil in der Lehreraus- und Weiterbildung zu verankern und die Lehrerinnen und Lehrer fit zu machen im Umgang mit und beim Einsatz neuer digitaler Medien.

#### SPD:

Bildung erschließt den Zugang zu einer Welt, die nicht zuletzt durch die Digitalisierung in einem stetigen Wandel ist. In der digitalisierten Welt muss Bildung mehr sein als die Vermittlung technischer Kompetenzen und Fertigkeiten. Sie muss zu einem reflektierten Umgang mit den vielfältigen neuen Möglichkeiten beitragen. Die digitalisierte Welt im sozialdemokratischen Sinne zu gestalten heißt,

Chancen zu nutzen und vor Risiken zu schützen.

Digitale Medien revolutionieren Wirtschaft und Gesellschaft und sie prägen insbesondere auch die Lebenswirklichkeit unserer Kinder und Jugendlichen. Deshalb muss die Schule diese Veränderungen aufgreifen und Chancen digitaler Medien nutzen, um junge Menschen gut auf das Leben und Lernen in der digitalen Welt vorzubereiten und früh digitale Kompetenzen aufzubauen. Um dies zu erreichen brauchen wir eine moderne technische Infrastruktur mit Glasfaseranschluss und WLAN, Smart- Boards, und digitalen Lernprogrammen an allen Schulen. Aber Investitionen allein in Hard- und Software reichen nicht aus. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, wie es die Kultusministerkonferenz entwickelt hat, in dem die technischen Fragen verbunden sind mit modernen Bildungsplänen, digitalen Bildungsinhalten und offen lizenzierten Lehr- und Lernmaterialien (OER), neuen Unterrichtskonzepten und nicht zuletzt guten Aus- und Fortbildungskonzepten für Lehrerinnen und Lehrer. Denn sie sind die Stützpfeiler unseres Schulsystems und wichtigste Partner für dessen Weiterentwicklung. Deshalb wollen wir mit Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam die Voraussetzungen dafür schaffen, dass digitale Medien künftig genauso selbstverständlich wie das Buch und Arbeitshefte in allen Unterrichtsfächern eingesetzt werden.

Wer in der modernen Gesellschaft zurechtkommen will, muss die technischen und rechtlichen Strukturen der digitalen Welt kennen und verstehen. Medienkompetenz ist jedoch mehr als der versierte Umgang mit Geräten und Anwendungen. Sie muss dazu befähigen, selbstbestimmt, kreativ und sozial verantwortlich mit den Neuen Medien umzugehen, sie zur Gestaltung der eigenen Lebenswelt und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu nutzen. In den schulischen Lehr- und Bildungsplänen muss die Vermittlung von Medienkompetenz verpflichtend und fächerübergreifend verankert werden. Zur Medienkompetenz gehört die Fähigkeit, Risiken und Möglichkeiten der Weitergabe persönlicher Informationen einzuschätzen, das Wissen um die Manipulierbarkeit und Beeinflussungsmöglichkeiten und das Wissen um die Grenzen digitaler Machbarkeit. Medienkritik ist unerlässlich. Neben Informatik als technischem Fach gehört auch das Wissen um die Grenzen digitaler Machbarkeit für uns zu guter Bildung. Wir wollen nicht, dass Neue Medien analoges Lernen und Lehren ersetzen, sondern sie dort ergänzen, wo digitale Bildung einen emanzipatorischen Mehrwert für unsere Kinder und Jugendlichen leistet.

## 5. BAULICHE UND KONZEPTIONELLE ENTWICKLUNG VON SCHULEN

### BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN:

Wir können jede dieser Forderungen unterschreiben. Von der stärkeren Autonomie der Schulen, über die größere sozialräumliche Vernetzung, bis zum Zusatzbudget wollen wir Unterstützung geben durch ein Bundesprogramm für Schulen in benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen. Das Denken und Bauen von Schulen als Lebens-, Lern- und Arbeitsräumen wollen wir mit einem neuen Ganztagsschulprogramm und mit den 10 Milliarden für Schulen in finanzschwachen Gemeinden voranbringen. Dabei wollen wir auch durch die Förderbedingungen sicherstellen, dass Nachhaltigkeit

und Ressourcenschonung mitgedacht werden. Für die Stärkung der Schulleitungen sollen sich in der von uns angestrebten Bildungsoffensive die Länder engagieren und aus den eigenen erfolgreichen Unterstützungsprojekten - die oft mit Mitgliedern des Bundesverbandes durchgeführt wurden - nachhaltig, flächendeckend und situationsangepasst lernen.

#### CDU/CSU:

CDU und CSU begrüßen Bestrebungen, den Schulen vor Ort mehr Gestaltungsmöglichkeiten zuzugestehen, damit sie ihre Ideen besser verwirklichen und erweiterte Handlungsspielräume tatsächlich nutzen können. Neben mehr pädagogischen, personellen und finanziellen Freiheiten können wir uns auch vorstellen, den Schulen mehr organisatorische Spielräume zu eröffnen. Dies kann mehr Freiheit bei der Gestaltung des Ganztags, beim Wechsel von Trägerschaften oder bei der Organisation der Schulgremien (z. B. Schulvorstand) bedeuten.

Außerdem halten wir die stärkere Vernetzung der Schulen mit den ehrenamtlichen Strukturen der außerschulischen Bildung mit Blick auf den Ausbau der Ganztagschulen für sinnvoll. Auch die umfassende bauliche Modernisierung unserer Schulen ist CDU und CSU wichtig. Daher werden wir strukturschwachen Kommunen mit einem Sondervermögen von 3,5 Milliarden Euro dabei helfen, beispielsweise Schulgebäude, Sanitäreinrichtungen, Klassenzimmer und Turnhallen mit Sanierungsbedarf zu renovieren.

#### DIE LINKE:

DIE LINKE will eine individuelle Lernförderung an allen Schulen. Das erfordert eine Vielfalt der Lehr- und Lernmethoden. Darum sollen zum Beispiel Möglichkeiten des selbstbestimmten Lernens und des gemeinschaftlichen Lernens in heterogenen Lerngruppen stärker genutzt werden. Es geht um neigungsorientierte und leistungsbezogene Formen der individuellen Förderung innerhalb dieser Lerngruppen und um eine Vielzahl von Zusatzangeboten im Wahl- und Wahlpflichtbereich sowie um erweiterte

Möglichkeiten für Arbeitsgemeinschaften und andere Formen, die je nach Interessen und Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern genutzt werden können. Dazu sollen u.a. fach- und jahrgangsübergreifende Angebote an den Schulen entwickelt werden. Sie sollen sowohl „schwächeren“ Schüler\*innen zur Überwindung ihrer Defizite als auch leistungsstärkeren zur weiteren Profilierung kostenfrei zur Verfügung stehen. Schulen sollen sich dem sozialen Umfeld öffnen und mit Verbänden, Vereinen und Unternehmen zusammenarbeiten. Zudem benötigt Schule gutes pädagogisches Fachpersonal. Daher wollen wir für alle Schulen Schulsozialarbeit – unabhängig von der Schulform. All diese Veränderungen in der Schulentwicklung benötigen andere pädagogische Räume. Das geht über die Schulsanierung weit hinaus. Deshalb ist es notwendig, dass der Bund sich finanziell an den Kosten für die bauliche und konzeptionelle Entwicklung beteiligen kann.

#### FDP:

Wir Freien Demokraten wollen die Ausgaben für Bildung wieder so erhöhen, dass Deutschland wieder zu den

führenden fünf Ländern der 35 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zählt. Dieses Geld muss auch dafür verwendet werden, marode Schulgebäude wieder in Orte zu verwandeln, an denen unsere Kinder optimale Bedingungen vorfinden und gerne lernen.

Wir setzen für die weltbeste Bildung auf mehr Eigenständigkeit der Schulen. Wie die PISA-Studie zeigt, erzielen Kinder an Schulen mit größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit deutlich bessere Leistungen. Denn wer eigene Entscheidungshoheit bei Organisation, Budget, Profilbildung und Personal besitzt, übernimmt auch engagiert Verantwortung und kann für beste Ergebnisse sorgen. Daher sollen Schulen selbst über ihren Haushalt, ihr Profil und ihr Personal entscheiden können. Hierzu müssen Schulleitungen geschult und gestärkt werden und die Möglichkeit kaufmännischer Unterstützung erhalten. Einheitliche Bildungsstandards geben das Ziel vor, sich am Niveau der besten Bildungseinrichtungen der Welt zu orientieren. Ob die einzelne Schule sie erreicht, wird geprüft und transparent gemacht. Um die Standards erreichen zu können, müssen Schulen durch exzellente Fortbildungen bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung unterstützt werden. Schulen mit besonderen Problemen, Schulen in Brennpunkten und Schulen, die noch hinter den Ergebnissen vergleichbarer Schulen zurückbleiben, müssen besonders unterstützt werden, beispielsweise hinsichtlich der Lehrer-Schüler-Relation. Um es Eltern und Schülern leichter zu machen, die für sie passende Schule zu finden, wollen wir eine transparente (Langzeit-) Evaluation der einzelnen Schulen und Lehrer ermöglichen und dabei eng mit Schulen, Eltern und Schülern zusammenarbeiten.

Außerdem fordern wir Freie Demokraten eine gleichwertige Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft. Die Schulen in freier Trägerschaft sind oftmals Motor für pädagogische Reformprozesse und führen die Schülerinnen und Schüler zu den gleichen Abschlüssen wie staatliche Schulen. Allerdings erhalten diese Schulen derzeit für ihre Arbeit noch weniger Geld pro Schülerin und Schüler als die staatlichen Schulen. Im Rahmen eines fairen Wettbewerbs aller Schulen miteinander, fordern wir für die Schulen in freier Trägerschaft die gleiche Anerkennung und finanzielle Unterstützung wie für die staatlichen Schulen.

#### SPD:

Gutes Lernen, neue Ganztagsangebote und Lernangebote in der digitalen Welt brauchen gut ausgestattete Schulgebäude, großzügige und gut gestaltete Räume für den Unterricht und soziale Aktivitäten sowie eine hervorragende technische Infrastruktur. Die SPD hat bereits durchgesetzt, dass der Bund 3,5 Mrd. Euro für die Sanierung von Schulgebäuden zur Verfügung stellt. Nach diesem Vorbild wollen wir – gemeinsam mit Bund, Länder und Kommunen – für moderne und schöne Schulen sorgen und ein umfangreiches Ausbau-, Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für moderne Schulgebäude auf den Weg bringen. Ein wichtiger Baustein sind hierbei die technischen Anforderungen der digitalen Bildung.

Mit Blick auf die konzeptionelle Weiterentwicklung von Schulen gilt vieles, was in unseren Antworten zu den vorhergehenden Wahlprüfsteinen bereits enthalten ist: Gute Schulen, insbesondere gute Ganztagschulen müssen neben den Eltern und Lehrkräften auch Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der Angebote beteiligen. Sie müssen sich darüber hinaus gegenüber Partnern außerhalb der Schule öffnen. Die mit guten Ganztagschulen sich bietenden zusätzlichen räumlichen, zeitlichen, konzeptionellen und personellen Ressourcen erleichtern eine Öffnung der Schulen zum lokalen und regionalen sozialen und kulturellen Umfeld. Ebenso wie außerschulische Partner für die pädagogisch und didaktisch begleitete Gestaltung von Lern- und Betreuungsangeboten an der Schule gewonnen

werden können, erhält auch die Schule zusätzliche Handlungsmöglichkeiten für außerschulische Projekte und kontinuierliche Kooperationen mit privaten wie öffentlichen Akteuren. Schulen und u.a. Bibliotheken, Theater, Kultur-, Freizeit- oder Jugendzentren wie Sportvereine können eine institutionalisierte, verlässliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit in lokalen Bildungsnetzwerken einüben.

Bildung ist Ländersache und soll es aus guten Gründen auch bleiben. Insofern liegen Fragen der Gestaltung von Schulstrukturen, von Schulorganisation und Zuständigkeiten auch dort. Die Länder müssen diese Verantwortung nutzen, um gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen, Eltern und Lehrkräften Schule unter den jeweiligen regionalen Gegebenheiten konkret zu gestalten und mit Leben zu füllen.